



Oberlehrer Beat Zemp: Nicht die Kosten für die Universität sind explodiert, sondern jene für Service-public-Bereiche wie Gesundheit und Soziales.

Streit um jeden Bildungsfranken

Baselbieter Lehrer zielen auf die Gelder für die Universität und die Fachhochschule

Der Lehrerverein Baselland eröffnet mit zwei Initiativen eine neue Dimension des Verteilungskampfes. Und erntet Kritik.

VON CHRISTIAN MENSCH

Michael Weiss macht aus der Stossrichtung der Initiative, deren Lancierung der Lehrerverband Baselland (LVB) diese Woche beschlossen hat, keinen Hehl: Statt immer nur bei den Schulen zu sparen, sollen die Budgets der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) reduziert werden, sagt der Geschäftsführer.

In der Ausformulierung der vorgeschlagenen Ergänzung des Baselbieter Bildungsgesetzes ist die Absicht verkläuselt. Da ist die Rede von «überkantonalen Bildungsprojekten» und einem komplizierten Meccano, der darin mündet, dass «nötigenfalls interkantonale Verträge durch Neuverhandlungen» anpassen seien.

Weiss beschwert sich: Während die Bildungsausgaben «munter weiterwachsen», die durch Staatsverträge geregelt

seien, werde bei den Schulen immer weiter gespart. Oder anders gesagt: Der tertiäre Bildungsbereich, zu dem die Universität und die Fachhochschule gehören, «ist einfach erfolgreicher» im Akquirieren neuer Mittel.

Christoph Eymann, Präsident der Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) und baselstädtischer Erziehungsdirektor, kritisiert den Vorstoss: «Als EDK-Präsident habe ich den Verfassungsauftrag, die Schulsysteme der Schweiz zu harmonisieren. Und so stelle ich fest, dass die Initiative in eine völlig andere Richtung geht. Das finde ich falsch.» Wesentlich pointierter äussert er sich in der Rolle als Bildungsdirektor des Nachbarkantons: «Dass ausgerechnet Lehrerinnen und Lehrer die einzelnen Bildungsstufen gegeneinander ausspielen, finde ich billig.»

MONICA GSCHWIND, die Baselbieter Bildungsdirektorin, will zur Initiative nicht konkret Stellung nehmen, sagt auf Anfrage aber dennoch deutlich: «Die Institutionen öffentlich gegeneinander auszuspielen, ist aus meiner Sicht nicht zielführend.» Alle Institutionen – zusammen mit der Berufsbildung – seien bedeutsam, und alle Bereiche müssten ihren Sparbeitrag leisten.

Beat Zemp, Präsident des Schweizer Lehrerverbands, versucht eine Brücke zu bauen: «Es ist nie hilfreich, wenn eine Schulstufe auf die andere schiesst.» Gleichzeitig äussert er Verständnis, wenn sich die Schule gegenüber dem tertiären Bildungsbereich zurückgesetzt sieht. «Wir wollen nicht Zustände, wie sie teilweise in Deutschlands Schulgebäuden herrschen», sagt Zemp. Aller-

« Die Institutionen öffentlich gegeneinander auszuspielen, ist nicht zielführend.»

MONICA GSCHWIND, ERZIEHUNGSDIREKTORIN BL

dings habe im tertiären Bereich in der Folge der Bologna-Reform ein grosser Nachholbedarf geherrscht. Zudem führe der anspruchsvolle Arbeitsmarkt dazu, dass ein Abschluss an einer höheren Schule schon fast zur Grundvoraussetzung gehöre, um im Berufsleben bestehen zu können. Dies führe auch zu einem Zuwachs an Studenten, was bedeute, dass die Hochschulen pro Kopf gar

nicht mehr Geld erhielten, obwohl das Bildungsbudget für die Tertiärstufe bis 2020 noch etwas ansteigen werde.

STATT EINES VERTEILKAMPFS innerhalb der Bildung möchte Zemp das Augenmerk auf den Verteilungskampf zwischen den Service-public-Bereichen lenken: Hätten vor Jahren Gesundheit und Bildung schweizweit je 20 Milliarden Franken verschlungen, so seien die Bildungsausgaben zwar auf 34 Milliarden gestiegen, die Gesundheitsausgaben jedoch auf weit über 80 Milliarden Franken.

Bildungspolitikerin und Basler Ständerätin Anita Fetz wirbt: Bildung sei eine Investition in die Zukunft junger Menschen. Bildung gegen Bildung auszuspielen, «ist kurzfristig gedacht und ziemlich befremdlich», da damit Bildung als Ganzes verliere.

Der Vorschlag von Fetz: «Ein Strassenprojekt weniger wäre die sinnvollere Spar-Alternative.» In diesem Wettbewerb, glaubt jedoch Zemp, habe die Bildung in einer immer älter werdenden Gesellschaft eher schlechte Karten. Zumindest in diesem Sinn begrüsst er die Initiative des Baselbieter Lehrervereins: «Es gibt eine politische Diskussion, was uns die Bildung heute wert ist.»